

Liebe Leserinnen und Leser,

Shrinking space, der Begriff für eingeschränkte Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Akteure, ist inzwischen allerorten und vieles abdeckend vernehmbar. Beim Lesen der Texte zu diesem Heft wie auch zur Vorbereitung des Themenschwerpunkts sind mir einige Aspekte haften geblieben, die immer wieder auftauchen. Proteste gegen die ungewollte Inanspruchnahme von Ressourcen oder den Ausbau von Infrastruktur, soweit sie von Staat und Unternehmen als strategisch erachtet werden, treffen besonders empfindlich den Nerv. Weitere Stichworte dazu sind die Sicherheit von Produktion, Handel und Finanzen. Proteste können auch Debatten sein, müssen also nicht nur physisch auf der Straße ausgetragen werden.

Die Verhinderer solcher Debatten und Demonstrationen scheinen vom Irrglauben beseelt, ihre Repressalien seien effizient. Für den politischen Protest mag dies eine Zeit lang so gelten. Nicht umsonst gibt es repressive staatliche Organe, die vieles unterdrücken können. Kaschmir ist ein solches Beispiel, wie Sicherheitskräfte auch friedliche Demonstranten zum Schweigen bringen wollen. Künstlerische Kreativität hat repressive Maßnahmen des Staates jedoch immer schon erfolgreich unterlaufen. Einige Texte in diesem Heft legen darüber auch für Südasien ein ermutigendes Zeugnis ab. Mit den neuen Medien und dem sekundenschnellen Zugriff auf alle Nachrichten an fast jedem Ort kann mittlerweile zumindest die Information als solche nicht mehr verhindert werden. Werden sie von solidarischen Unterstützer(inne)n jenseits der Landesgrenzen aufgenommen und in anwaltschaftliches Handeln umgesetzt, wird die künstliche Isolation durchbrochen. Im Heft finden sich Beispiele, dass dies keine theoretische Annahme bleiben muss, sondern praktisch gelingen kann.

Ein nächster Aspekt, warum gerade zivilgesellschaftliche Akteure zu knebeln oder auszuschalten sind, liegt in der weltweit spürbaren Unruhe, dass der gesellschaftliche Bestand und die Beziehungen mit Nachbarn neu zu verhandeln sind. Die Debatten und Proteste gegen Freihandelsabkommen gehören mit dazu, führen an dieser Stelle jedoch zu weit. Offenkundig ist jedoch, dass der bisherige Mainstream eines Landes verunsichert ist, wie angesichts der

vielen Krisen alles weitergehen soll. Soweit der repressive Staat zur Durchsetzung der vorherrschenden Interessen nicht ausreicht, muss notgedrungen verhandelt werden.

Auf Parteien und etablierte Opponenten ist beim Aushandeln der möglicherweise veränderten *Terms of Reference* (Referenzrahmen) einigermaßen Verlass. Die Eigenwilligkeit der zivilgesellschaftlichen Akteure ist da schon ein größeres Problem. Zumal niemand sich offen gegen die Beteiligung der Staatsbürger/-innen an der gesellschaftlichen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung aussprechen will. Was also tun, um unerwünschte Alternativen erst gar nicht diskursmächtig werden zu lassen? Je nach Geschichte und Kultur eines Landes in der Behandlung strittiger Fragen werden Kritiker/-innen des Mainstreams gnadenlos verfolgt oder sanft umschlungen. Zur Verhinderung von Protest und unbequemen Wahrheiten gibt es leider sehr viele Beispiele, wengleich in Ländern mit einer längeren Tradition des Rechtsstaates, wie Indien, die Justiz vermehrt als Rettungsanker für die Rechte der Ohnmächtigen in Erscheinung tritt.

In eigener Sache: Die Herausgabe der Zeitschrift SÜDASIEN ist ein Vorgang, an dem viele mitwirken. Daran wird sich wenig bis nichts ändern. Von Zeit zu Zeit wechselt jedoch die Person, die die Herausgabe verantwortet. Das bin in Bezug auf dieses Heft ich. Ich habe mich darüber hinaus bereit erklärt, auch die nächsten Ausgaben der Zeitschrift als verantwortlicher Redakteur mit zu erstellen. Ich selber habe dabei das Interesse, in den allernächsten Ausgaben eine Art Bestandsaufnahme zu den Ländern Südasiens zu leisten; aus purem Eigennutz. Ich würde mich freuen, wenn sich einige der Lesenden daran beteiligen würden, dass der Überblick zustande kommt.

Ansonsten ist viel zustande gekommen, und ich wünsche eine anregende Lektüre,

